Eine kirchliche Gründung in Böhmen. In Prag fand ein Generallandtag aller evangelischen Kirchengemeinden Böhmens, Mährens und Schlesiens statt, auf dem die Gründung einer Gemeinde der böhmischen Brüder beschlossen wurde.

Englisches Ausfuhrverbot. Dänische Kohlenimporteure erhielten aus England die Mitteilung, daß die gesamte Ausfuhr von Kohlen und Koks aus England nach Dänemark verboten sei, da der heimische Markt für die gesamte Produktion Verwendung habe. Die Kohlenverschiffungen von England nach Schweden und Holland wurden bereits vor einigen Tagen eingestellt.

Bildung eines bolschewistischen Revolutionsheeres in Rußland. Die nordische Preßzentrale meldet aus Stockholm, daß nach dem Bericht eines aus Rußland zurückgekehrten dänischen Diplomaten die Bolschewisten infolge der drohenden Ententeinvasion Petersburg zu räumen beabsichtigen. Als Sitz der Sowjets ist Nischni-Nowgorod in Aussicht genommen worden. Weiter wird berichtet, daß die Sowjets ein stehendes Revolutionsheer von einer Million Mann bilden wollen, das allmählich auf drei Millionen Mann gebracht werden soll. Die für diese Zwecke erforderlichen Milliarden sollen durch Enteignung des kapitalistischen Vermögens aufgebracht werden. — Die Japaner haben den Führer der Bolschewisten in Sibirien mit einem großen Teil seiner Anhänger gefangen genommen. Die Gefangenen waren im Besitze von 200 Kilogramm gemünzten Goldes.

Von Stadt und Land.

Aue, 20. Dezember.

Wo bleiben die Fische?

Allgemein ist in der Oeffentlichkeit die Meinung verbreitet, daß mit dem Aufhören der Feindseligkeiten die Belieferung mit Fischen sich erheblich bessern werde. Der Umstand, daß in der Nordsee nach Aufräumen der Minenfelder wieder gefischt werden kann, insbesondere auch die Mitteilungen über einen großen Fischreichtum in der Nordsee, haben diese hoffnungsvolle Auffassung stark unterstützt. Wenn trotzdem in den letzten Tagen und Wochen statt einer Besserung eine Verschlechterung der Fischversorgung eingetreten ist, so muß die Erklärung dafür in besonderen Umständen gesucht werden. Bis zum Eintritt des Waffenstillstandes war es möglich, die Ostsee in ausgedehntem Maße dem Fischfang dienstbar zu machen. Wenn die Ostsee auch gegenüber der Nordsee dem Umfang wie der Ergiebigkeit nach ein ungünstigeres Fanggebiet darstellt, so war es einer umfassenden Organisation doch gelungen, einen kleinen Ausgleich für die fehlenden Nordseefänge zu schaffen. Durch die Waffenstillstandsbedingungen ist nun die Blockade Deutschlands nicht nur aufrecht erhalten, sondern noch verschärft worden. Die Ostsee wird nicht mehr von der deutschen Marine, sondern von der englischen beherrscht. Es ist also seit Eintritt des Waffenstillstandes auch der Fischfang in der Ostsee unmöglich geworden. Hinzu kommt, daß von dem genannten Augenblick an auch die Zufuhr aus den neutralen Ländern, wie Dänemark und Norwegen, unterbunden ist. Der Waffenstillstand hat also nicht die erhoffte wesentliche Besserung, sondern eine erhebliche Verschlechterung der Fischversorgung gebracht. Eine Besserung läßt sich erst dann wieder erhoffen, wenn die Blockade aufgehoben wird. Von diesem Augenblick ab dürfen sehr beachtenswerte Vorteile für die deutsche Ernährung durch Hebung des Fischfanges und der Fischeinfuhr erwartet werden. Durch die Abrüstung der deutschen Seewehr wird eine große Anzahl Fischdampfer frei, ihre Ausrüstung zum Zwecke der Hochseefischerei wird mit Hochdruck betrieben. In dem Augenblick, in dem diese Fischdampfer die Fanggebiete in der Nordsee wieder aufsuchen können, haben wir auch Zufuhren in den Fischhäfen zu erwarten. Hinzu kommt, daß auch aus den neutralen Ländern nach Aufhebung der Blockade eine starke Einfuhr erwartet werden darf. Das deutsche Volk kann also mit einer guten Fischversorgung und damit einer Besserung seiner Ernährungslage rechnen, sobald die Verhandlungen mit den feindlichen Staaten die Aufhebung der Blockade ergeben.

* * *

n. **Vortrag des Pfarrers Vangemann.** Der Nationalbund Deutscher Frauen (früher Flottenbund Deutscher Frauen) hatte gestern Herrn Pfarrer Vangemann nach hier entsandt, um ihn einen politischen Aufklärungsvortrag halten zu lassen. Der Besuch war sehr schwach. Pfarrer Vangemann gab zunächst einen Rückblick auf die begeisternden Zeiten des Krieges und führte ungefähr folgendes aus: Selbsttäuschung hat uns auf die abschüssige Ebene während des Krieges und in die gegenwärtige trostlose Lage gebracht. Unsere weltumspannende Politik hat das übrige dazu beigetragen. Nun tauchen Schlagworte auf, Völkerbund, Schiedsgerichte. Das sind alles Gedanken, die im Himmel wohnen, aber nicht im Raum, wo hart die Sachen sich stoßen, zu verwirklichen sind. Die Lehren der Vergangenheit müssen wir uns für die Zukunft nutzbar machen. Die alten Parteiprogramme sind dahin. Gewiß lag viel Unsoziales in der alten Zeit, Hochmut, Schmeichelei, Vergünstigungswirtschaft, Einbildung, Verachtung, auf der anderen Seite viel Lüge und unablässige Anfeindung des Kapitalismus und jeder anderen Arbeit, die nicht die des physischen Arbeiters war. Dieser Zwiespalt war die Folge. Wenn das anders werden soll, muß zusammengehalten werden. Alles muß beisammen sein, wenn es gilt, vaterländische Gesinnung zu pflegen. Aber es herrscht jetzt Militarismus wie früher, und dahinter steckt das Ziel des Kommunismus. Die Trennung der Kirche vom Staat wird viel Gutes haben. Es war früher gewiß kein Segen in dieser Zusammengehörigkeit. Aber die Trennung muß mit Ueberlegung geschehen. Wir müssen Friede aufbauen. Es ist zu begrüßen, wenn neue Parteien sich regen, die dem Vaterlande dienen wollen. Aber alle müssen sie gesunde Sozialpolitik treiben. Freiheit soll herrschen, Freiheit für alle, Freiheit im Aufbauen und Aufstreben, aber nicht Freiheit zum Niederreißen, Freiheit im harmonischen Zusammenwirken, aber nicht Freiheit im Auseinandergehen. Es muß sich eins dem andern fügen, wie auch in einem Orchester nicht jedes Instrument für sich spielen kann, wenn es eine Harmonie sein soll. Die nächsten Aufgaben sind die Wahlen. Von dem Wahlrecht muß jede Frau und jedes Mädchen Gebrauch machen. Der Vortrag fand starken Beifall.

Lebensmittel am Sonnabend: Fleisch und Butter.

Fleischbezug anmelden! Wie aus den heute veröffentlichten Bekanntmachungen hervorgeht, findet für die Festtage nächsten Dienstag Fleischverteilung statt. Es ist deshalb notwendig, daß jede Hausfrau sofort die Anmeldung ihres Bezuges beim Fleischer bewirkt.

g. **Die evangelischen Arbeitervereine des Bezirks Westerzgebirge** traten am Sonntag hier zu einer Konferenz zusammen, wobei Arbeitersekretär Fleischer-Annaberg einen Vortrag hielt über das Thema: Die gegenwärtige Lage und die evangelischen Arbeitervereine. Es gelangte dann folgende Entschließung zur Annahme: Die Vorstandskonferenz der evangelischen Arbeitervereine des Westerzgebirges bekundet, daß die Arbeitervereine auch im Rahmen des Programms der republikanischen Regierung zur Interessenvertretung der christlich-vaterländisch gesinnten Arbeiterkreise ein reiches Arbeitsgebiet finden werden, ihr Hauptaugenmerk auf geistig-sittliche Hebung des Arbeiterstandes richten und die Gleichberechtigung aller Stände im Staats- und Gemeindewesen fordern. Die evangelischen Arbeitervereine erwarten von den Organen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, wie auch von allen bürgerlichen Kreisen ohne Parteiunterschied Förderung aller Bewegungen für schnellste Einberufung der Nationalversammlung im Reich wie auch in der Bundesstaaten. Die evangelischen Arbeitervereine stehen treu zur Kirche und erwarten von der Regierung, daß sie die Trennung von Kirche und Staat so vollziehen möge, daß die Kirche in ihrem Ganzen nicht gestört werde und die Religion dem Volke erhalten bleibt.

Diebe gefaßt. Der hiesigen Polizei gelang es vorgestern, die hier wohnhaften 24 Jahre alten Handarbeiter K. und Th., die mit dem 17 Jahre alten Handarbeiter W. in Chemnitz am 11. Dezember abends, wie wir damals mitteilten, ein Schwein bei dem Kaufmann Möser hier gestohlen hatten, festzunehmen. Weiter entwendeten sie am 16. Dezember im Rittergut Blankenhain bei Werdau ebenfalls mittels Einbruchs sechs Gänse. Bei Durchsuchung der Wohnungen wurden noch Teile der Beute gefunden. Außerdem wurde noch der Soldat H., der sich bei dem Handarbeiter K. aufhielt, festgenommen. Er hatte sich der Hehlerei schuldig gemacht. — Sodann wurden am gleichen Tage die hier wohnhaften 16 bis 18 Jahre alten Burschen S., Sch. und Sch. festgenommen, die am 17. ds. Mts. abends mittels Einbruchs aus einem Grundstück in der Nähe des Bahnhofs vier Kaninchen und fünf Hühner gestohlen hatten. Die Kaninchen wurden bei der Durchsuchung noch lebend vorgefunden, während die Hühner gleich am Tatort getötet worden waren. Der Bestohlene konnte alles zurückerhalten.

Bayerische Weihnachtsgaben. Jeder Einwohner in Bayern erhält zu Weihnachten sechzig Gramm Tee, hundert Gramm Bohnen- und Malzkaffee, ferner jedes Kind von zwei bis zwölf Jahren einen Lebkuchen von der Lebensmittelstelle. Glückliches Bayern!

Erhöhung der Güter- und Personentarife. Laut „Münchner-Augsburger Abendzeitung" wurde auf der Erfurter Konferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen beschlossen, die Gütertarife um weitere 60 Prozent, zusammen also um 75 Prozent, zu erhöhen. Die Personentarife werden abgestuft nach den Fahrklassen erhöht.

Eltern- und Schülerausschüsse an den höheren Schulen Sachsens. Demnächst ist eine ministerielle Verordnung zu erwarten, durch die die Bildung von Schüler- und Elternausschüssen für die höheren Schulen Sachsens festgesetzt wird. Die Ausschüsse sollen die Möglichkeit zu einer freien Aussprache über allgemeine Angelegenheiten des Schulwesens bieten; sie sollen aber keinerlei anordnende Befugnisse haben. Ferner sollen Elternausschüsse gebildet werden aus acht aus der Elternschaft zu wählenden Eltern, zwei Lehrern und dem Leiter der Schule, der den Vorsitz führt. Später soll auch der Schularzt mit hinzugezogen werden. Die Elternausschüsse sollen die Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus fördern, insbesondere auch Anregungen aus dem Elternkreise, die sich auf Schulbetrieb, Schulzucht und Ausbildung der Kinder beziehen, an die Schulleitung bringen. — Das sächsische Kultusministerium wird ein eigenes Verordnungsblatt herausgeben. Alle nachgeordneten Dienststellen sind verpflichtet, das Verordnungsblatt zu halten.

Oesterreichisch-ungarische Vertretungsbehörden. Wie die Gewerbekammer Chemnitz mitteilt, haben nach einem Schreiben des Auswärtigen Amtes in Berlin die österreichisch-ungarischen Vertretungsbehörden im Ausland bis auf weiteres ihre Funktionen auch als Bevollmächtigte des deutsch-österreichischen Staates weiter zu versehen. Die Vertretungsbehörden sind ermächtigt, auch weiterhin wirtschaftliche Verhandlungen besonders über die Sicherung der Lebensmittelzufuhr und Rohstoffversorgung Deutsch-Oesterreichs zu führen und die berechtigten Interessen deutsch-österreichischer Staatsbürger wahrzunehmen.

*

Beierfeld, 19. Dezbr. In der Gemeinderatssitzung am Dienstag waren anwesend 15 Mitglieder, 19 Zuhörer. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende namens des Rates das aus dem Feld heimgekehrte Mitglied Ernst Köhler. Der Schulvorstand hat beschlossen, die Genehmigung zur Aufhebung des Schulgeldes einschließlich des für fremdsprachlichen Unterricht und Fortbildungsschule nachzusuchen. Die Gemeinde hat 1202,80 Zentner Brotgetreide abzuliefern. Arztwohnung ist im Beamtenhaus der Frankonia gemietet. Die Ausschreibung der Arztstelle ist erfolgt. Zur Kohlen- und Lichtersparnis ist die Straßenbeleuchtung noch nicht freigegeben worden. Aus gleichem Grunde mußte auf Anordnung der Aufsichtsbehörde die Dienstzeit im Gemeindeamt auf 8 bis 4½ Uhr, die Zeit für den öffentlichen Verkehr auf 9 bis 12½ Uhr gelegt werden. Die Holzverteilung wurde einer viergliedrigen Kommission übertragen. Erwerbslosen sollen bis zur Festsetzung von Unterstützungssätzen für den Bezirk zunächst Vorschüsse bezahlt, nach Möglichkeit aber auch Arbeit verschafft werden. Ein Vorschlag für eine Verbindungsstraße vom Bahnhof nach der Waschleither Straße wird erwartet. Ebenso soll die Aufstellung der Pläne und Blankette für den Ausbau des Bauerweges und der Friedrichgasse gefördert werden. Hierzu erkannte der Rat das Bedürfnis des öffentlichen Verkehrs zu einer Verbindung der Friedrichgasse mit der Staatsstraße an und nahm die jetzige Fortsetzung des Weges als öffentlichen Weg für Fuß- und Fahrverkehr in Anspruch. Sodann wurde der ministerielle Entwurf des Ortsgesetzes über die Gemeindevertreterwahl gelesen, besprochen und angenommen. Zu Wahlvorstehern wurden ernannt: Kom.-Rat Frank, Dipl.-Ing. Bruno Nier, Gem.-Sekt. Stanzmeister Oskar Weigel. Zahl der Stimmberechtigten: 2500. Wahltag: 12. Januar 1919 von 11 bis 6 Uhr.

Eibenstock, 19. Dezbr. Die Stadtverordnetenwahlen sind hier auf den 26. Januar anberaumt. Um möglichst vollzählige Wählerlisten zu bekommen, sind Haushaltungslisten verteilt worden.

Letzte Drahtnachrichten.

Von der Reichskonferenz der A.- und S.-Räte.

Berlin, 19. Dezbr. Zum Schlusse der gestrigen Sitzung wurde ferner angenommen ein Antrag auf Wahrung des freien Wahlrechts und auf Einlegung des Protestes gegen alle Absonderungsbestrebungen. Ein Antrag Dänmig will am Rätesystem festhalten und legt die höchste gesetzgeberische und vollziehende Gewalt den Räten bei. Der Antrag wird mit 344 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag auf Wahl eines Zentralrates von 27 Mitgliedern, der die Regierung (Volksbeauftragten) zu kontrollieren hat. Die 27 werden aus den Reihen der Mehrheitssozialisten gewählt. Die Unabhängigen beteiligten sich an der Wahl nicht. Die noch vorliegenden und unerledigten Anträge werden dem Zentralrat und dem Rat der Volksbeauftragten zur Berücksichtigung überwiesen. Nach längerer, stellenweise außerordentlich erregter Aussprache über die Frage, ob das Thema der Sozialisierung überhaupt von der Tagesordnung abgesetzt oder in einer neuen Sitzung verhandelt werden soll, wird beschlossen, die nächste Sitzung auf Freitag festzusetzen.

Pressestimmen zu den Beratungen.

Berlin, 19. Dezbr. Die „D. Allg. Ztg." schreibt: Man kann im Zweifel sein, ob die Beschlüsse der Rätevereammlung nunmehr unmittelbar Gesetzeskraft erlangt haben. Das dürfte nicht der Fall sein. Die ausübende Gewalt ist ausdrücklich dem Rat der Volksbeauftragten zuerkannt worden. Es wird noch einer besonderen Verfügung des Rates der Volksbeauftragten bedürfen, um den Beschlüssen des Rätekongresses Gesetzeskraft zu sichern. — Die Regierung oder doch ihr mehrheitssozialistischer Teil, so schreibt das Berliner Tageblatt, hat gestern sehen können, daß das Volk wirklich die von ihr verkündete Parole und keine andere anerkennt. Arbeit, Frieden und Brot, Erhaltung der Arbeitsmöglichkeiten durch Zurückweisung sinnloser Forderungen und Experimente, Frieden durch die Nationalversammlung, Brot durch Arbeit in einem Staatswesen, in welchem nicht eine verrückte Demagogie die Ordnung unablässig stören darf.

Die Nationalversammlung in Frankfurt.

Berlin, 19. Dezbr. Der Oberbürgermeister von Frankfurt am Main hat laut Vossischer Zeitung den zuständigen Reichsstellen anheimgegeben, die deutsche Nationalversammlung nach Frankfurt am Main einzuberufen.

Rücktritt Schjernings.

Berlin, 19. Dezbr. Zum Rücktritt des Generalstabsarztes der Armee, von Schjerning, sagt die Deutsche Allgemeine Zeitung: Eine wissenschaftlich hochbedeutende, kraftvolle und über die Grenzen Deutschlands hinaus weitbekannte Persönlichkeit scheidet aus dem öffentlichen Leben. Als Schöpfer der Organisation des Sanitätsdienstes hat Schjerning im Frieden die Grundlagen für den Sanitätsdienst im Kriege geschaffen und diesen während des ganzen Krieges in allgemein anerkannter vorbildlicher Weise geleitet.

Von der österreichischen Nationalversammlung.

Wien, 19. Dezbr. Die deutsch-österreichische Nationalversammlung nahm den Gesetzentwurf über die Feststellung der Verantwortlichkeit und die allfällige strafrechtliche Verfolgung höherer Führer und deren Organe im gegenwärtigen Kriege, sowie die Einführung des Achtstundentages an. Darauf wurde ein Antrag Hillebrand auf Einsetzung einer Untersuchungskommission gegen den deutschradikalen Abgeordneten Kummer angenommen. Kummer steht im Verdacht, daß er von der früheren österreichischen Regierung mit einem Gehalt von 36 000 Kronen bestochen worden sei.

Forderungen der englischen Arbeiter.

Rotterdam, 19. Dezbr. Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus London: Die Versammlung der Leiter der englischen Arbeiterpartei und des Arbeiterkongresses, auf welchem die Abhaltung einer internationalen Arbeiterkonferenz in der Schweiz beschlossen wurde, faßte auch eine Entschließung, welche dem Premierminister zugestellt werden soll. Darin wird die Ansicht ausgesprochen, daß der Friedensvertrag in Uebereinstimmung mit dem ersten von Wilsons 14 Punkten in voller Oeffentlichkeit verhandelt und abgeschlossen werden muß. Ferner wird gefordert, daß die Presse- und Kabelzensur unverzüglich aufgehoben und daß Berichte über die Versammlungen des Friedenskongresses und der gleichzeitig stattfindenden Arbeiterkonferenz ohne Einschränkung und Verzögerung übermittelt und veröffentlicht werden dürfen. Auch soll sofort für die britische Presse das Verbot der Erörterung der Friedensbedingungen aufgehoben werden, damit das englische Volk die gleiche Behandlung genieße, wie das amerikanische.

Wilsons Völkerbund.

London, 19. Dezbr. (Reuter.) Gegenüber der Meldung des Washingtoner Korrespondenten eines in Paris erscheinenden amerikanischen Blattes, wonach Präsident Wilson den von der Liga zur Erzwingung des Friedens aufgestellten Plan billige, erklärte Wilson, er sei nicht nur Anhänger des Planes eines Völkerbundes sondern er halte seine Gründung für unentbehrlich zur Aufrechterhaltung des Friedens.

Durchzug deutscher Truppen durch Holland.

Haag, 19. Dezbr. In der zweiten Kammer erklärte beim Etat des Aeußern der Minister des Aeußern, daß die Entwaffnung der durch Limburg gezogenen deutschen Truppen sorgfältig durchgeführt wurde. Die Truppen führten lediglich böhmische Zugochsen mit sich, die nicht in Belgien gestohlen sein konnten. Das Gepäck wurde nach Kriegsmaterial und Beutegütern durchsucht. Mitgeführte belgische Karren gingen nach Belgien zurück. Mit der deutschen Regierung ist überhaupt nicht verhandelt worden, sondern nur mit den Führern der Truppen, die an der Grenze standen.

Unfall deutscher Kriegsgefangener.

London, 19. Dezbr. Ein Lastauto, in welchem sich außer einer englischen Wache sieben deutsche Kriegsgefangene befanden, rannte in der Nähe von Farnham in England beim Ausweichen vor einem anderen Auto gegen die Böschung. Drei deutsche Gefangene und die englische Besatzung blieben unverletzt. Vier Deutsche wurden getötet.